

Ralf Krämer, Mitglied des BundessprecherInnenrates des Sozialistischen Linken und der Programmkommission der Partei DIE LINKE, Dezember 2008. Diskussionsthesen:

## **Bankrott des Neoliberalismus – Aufgaben der LINKEN**

### **1. Krise des Kapitalismus**

In der aktuellen Krise verbinden sich eine Konjunkturkrise und eine Krise der internationalen Finanzmärkte zur schwersten kapitalistischen Weltwirtschaftskrise seit den Jahren ab 1929. Hintergrund ist der gewaltige Überschuss an Anlage suchendem Kapital, der zur Entwicklung gigantischer Spekulationsblasen führt, die irgendwann platzen müssen. Gleichzeitig spitzt sich die weltweite Klimakrise zu. Hunger und Armut nehmen zu. Das kapitalistische Wachstumsmodell insgesamt ist der Krise. Immer mehr Menschen sind skeptisch und stellen sich die Frage nach Alternativen zu dem zerstörerischen System des Kapitalismus, das sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten erlebt haben.

Dennoch: Die Grundlagen der kapitalistischen Welt sind stabil und keine Entwicklungen erkennbar, sie zu überwinden: das Privateigentum an Produktionsmitteln, die ökonomischen Freiheiten des Kapitals in seinen verschiedenen Formen, der bürgerlich-demokratische Staat, die internationalen Institutionen des kapitalistischen Weltmarktes sowie die Europäische Union. Es verschieben sich Kräfteverhältnisse und es vollzieht sich ein Übergang zu einer neuen Phase der Entwicklung der kapitalistischen Welt.

### **2. Neoliberalismus in der Krise: Herrschaft ohne Hegemonie**

Der ideologische und politische Bankrott des Neoliberalismus ist offenkundig. Doch der Neoliberalismus hat sich tief in den staatlichen Strukturen eingeschrieben und die kapitalorientierten Kräfte sitzen weiterhin fest im Sattel und an den Schalthebeln der Politik. Der Staat als „ideeller Gesamtkapitalist“ wird für die Notrettung des Finanzsystems eingesetzt. Die Bundesregierung unternimmt weder auf der internationalen noch auf der nationalen Ebene ernsthafte Versuche einer demokratischen Neuordnung der Finanzmärkte. Auch das vorgelegte so genannten "Maßnahmenpaket Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung" ist völlig unzureichend dimensioniert und soll überwiegend mit Steuer- und Kreditvergünstigungen Unternehmen fördern soll. Es ist nur zum kleinen Teil ein wirkliches Konjunkturprogramm, das drängende Defizite beseitigt, die Binnennachfrage und öffentliche Investitionen ausweitet und Arbeitsplätze schafft. Stattdessen wird mit der Politik der Staatsintervention die neoliberale Umverteilungspolitik von unten nach oben fortgesetzt.

Dennoch: Die Bewusstseinslage vieler Teile der Bevölkerung und das Klima in den öffentlichen Diskussionen, die ideologischen und insoweit auch die politischen Kräfteverhältnisse sind heute wesentlich günstiger als Anfang des Jahrzehnts. Auch die neue Partei DIE LINKE hat die Bedingungen wesentlich verbessert. Es wird vorherrschend über Konjunkturprogramme, eine neue Weltfinanzordnung und einen internationalen „Green New Deal“ diskutiert statt über Lohnkostensenkung und Sozialabbau. Jedenfalls bis zur Bundestagswahl 2009.

### **3. Perspektiven der Krise – autoritäre Krisenbewältigung oder sozialer und ökologischer zweiter „New Deal“?**

Wie es weitergeht, ist offen. Mit Schärfe und Dauer der ökonomischen Krise werden Arbeitslosigkeit und soziale Krise sich zuspitzen. Die Auseinandersetzungen werden sich verschärfen, ein Rückfall in autoritäre Krisenbewältigung zu Lasten der breiten Schichten der Bevölkerung ist möglich, aber keineswegs ausgemacht. Entscheidend ist der Druck aus den Gewerkschaften und sozialen Bewegungen sowie den öffentlichen Diskursen und von der LINKEN.

Die Möglichkeiten, demokratische und soziale und ökologische Alternativen wirksam einzubringen und Schritte in diese Richtung durchzusetzen, sind durch die gegenwärtige Krise gewachsen. Es geht zunächst um die ideologische und materielle Auseinandersetzung für um eine neue, sozial kontrollierte Regulation des Kapitalismus der kommenden Zeit. Die ökonomischen Spielräume und sogar Notwendigkeiten für einen anderen Entwicklungspfad sind gegeben, auch aus Sicht von Teilen des Kapitals. Die in den letzten 25 Jahren wieder deutlich erhöhten Profitraten ermöglichen eine neue Phase lohngetriebener Akkumulation, bei der sinkende Rate durch steigende Masse des Profits kompensiert wird. In den USA wird der bisherige Pfad durch private Verschuldung getriebenen Wachstums so nicht dauerhaft fortgeführt werden können. Wenn die USA aber künftig nicht mehr wie bisher die weltweiten Waren- und Kapitalüberschüsse absorbieren können, müssen die gigantischen Überschüsse Deutschlands, Japans und Chinas reduziert werden. Dies geht nur mit einer stärker binnenwirtschaftlich orientierten Entwicklung, und dies erfordert eine stärkere Entwicklung der Masseneinkommen und der öffentlichen Nachfrage als in den vergangenen Dekaden. Auch die Notwendigkeit einer Umgestaltung der Energiebasis erkennen angesichts tendenziell steigender Energiepreise, problematischer Abhängigkeiten von ölexportierenden Ländern und des Klimawandels auch Teile der herrschenden Klassen in den kapitalistischen Zentren.

Die Chiffre, auf die sich breite Kräfte für eine Umorientierung der Politik und einen neuen Entwicklungspfad beziehen, ist die eines zweiten, sozial-ökologischen oder grünen „New Deal“. Also eine neue Phase verstärkter staatlicher Investitionen, Regulierung und Mobilisierung von Ressourcen zur Überwindung der Wirtschaftskrise und Umsetzung öffentlicher Entwicklungsprojekte – konkret einer ökologischen Modernisierung der Infrastruktur und Produktionstechnologien und der Begrenzung und Minderung sozialer Spaltungen und Katastrophen.

Bei einer solchen Entwicklung wären stärker als in der neoliberal geprägten Phase der letzten Jahrzehnte auch Interessen der Lohnabhängigen und ihre Organisationen in die Politik einbezogen. Aber der Kompromiss bliebe asymmetrisch, das Kapital bliebe dominant. Eine solche Perspektive wäre eine neue Entwicklungsphase des Kapitalismus, gezeichnet durch die entsprechenden Widersprüche und Kämpfe, Krisen und Probleme. Die SozialistInnen und DIE LINKE hätten ein kritisches Verhältnis zu dieser neuen Entwicklungsphase, hätten unter neuen Bedingungen die Kämpfe für soziale Interessen und die sozialistische Überwindung dieser Gesellschaft zu führen.

Es ist eine Frage der Kräfteverhältnisse, wie die Reaktion auf die Krise letztlich aussieht. Und zwar nicht nur in Deutschland, sondern weltweit. Es wird dafür eine entscheidende Rolle spielen, welchen Kurs die neuen Obama-Administration in den USA einschlagen wird. In Europa geht die Durchsetzung einer anderen Politik nur auf dem

Wege der Durchsetzung einer anderen politischen Orientierung in Deutschland und möglichst vielen anderen Nationalstaaten in Europa. Und das erfordert, die Verantwortung und Veränderungsmöglichkeiten der nationalen Politik in den Mittelpunkt zu stellen. So lässt sich am wirksamsten Druck entwickeln, auch für eine andere Politik im internationalen Rahmen.

#### **4. DIE LINKE: Reformismus und Antikapitalismus – realistisch und radikal**

Linke, sozialistische Strategie und Politik, jedenfalls wenn sie zugleich realistisch und radikal sein sollen, geht nicht darum, was man sich gerne wünschen würde, sondern wie in einer internationalen, gesellschaftlichen und politischen Situation möglichst viel an Veränderung im Sinne linker, sozialistischer Ziele durchgesetzt und zugleich die Bedingungen für weitergehende Veränderungen verbessert werden können. Die sozialistische Linke und die Partei DIE LINKE haben dabei besondere Aufgaben. Immer weiter zu drängen, aber sich dabei nicht von den realen Kämpfen zu entfernen, sondern die eigenen Kräfte darin positiv wirksam zu machen, auch wenn das, um was es dabei geht, hinter dem, was letztlich nötig wäre, weit zurück bleibt.

Marx und Engels haben im Kommunistischen Manifest die Aufgabe beschrieben: „Sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen. ... [Sie] unterscheiden sich ... dadurch, dass sie in den verschiedenen Entwicklungsstufen, welche der Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie durchläuft, stets das Interesse der Gesamtbewegung vertreten. [Sie] sind also praktisch der entschiedenste, immer weiter treibende Teil der Arbeiterparteien aller Länder.“ "Sie kämpfen für die Erreichung der unmittelbar vorliegenden Zwecke und Interessen der Arbeiterklasse, aber sie vertreten in der gegenwärtigen Bewegung zugleich die Zukunft der Bewegung."

Eine Haltung, die sich orientierte auf eine Zuspitzung der Krise des Kapitalismus und einen daraus resultierenden unmittelbaren Übergang zum Sozialismus, wäre illusionär, würde diese Aufgabe verfehlen und die LINKE isolieren. Genauso falsch wäre eine Haltung, die auf die weiter treibende Kritik und die kämpferische Vertretung der Interessen der ArbeiterInnenklasse verzichtete und sich nur noch als Teil eines breiten vermeintlichen rot-rot-grünen Reformlagers verstünde.

DIE LINKE ist die Partei einer neuen Entwicklungsstufe der Arbeiterbewegung, in der die Spaltung nicht verläuft zwischen Reformismus und Antikapitalismus. Sondern zwischen eigenständiger kämpferischer Vertretung der Interessen der Mehrheit der Bevölkerung und sozialistischer Ziele oder der Ein- und Unterordnung dieser Interessen und Kämpfe unter ein illusorisches klassenübergreifendes Allgemeininteresse, dessen Inhalt letztlich im Kern dominiert wird durch die herrschenden gesellschaftlichen Verhältnisse und Interessen des Kapitals.

DIE LINKE muss zugleich reformistisch und antikapitalistisch sein. Reformistisch nicht im Sinne einer Beschränkung der Forderungen und Perspektiven auf den Rahmen des kapitalistischen Systems und der Vermeidung des Kampfes gegen die Herrschaft des Kapitals. Diese Art von Reformismus hat in der Unterordnung der sozialdemokratischen Parteien unter den Neoliberalismus ein unrühmliches Ende gefunden. Sondern im Sinne eines entschiedenen Kampfes für soziale Reformen und gegen Herrschaftspositio-

nen des Kapitals hier und jetzt und der Verbindung und Ausrichtung dieses Kampfes auf die Überwindung des Kapitalismus und den Aufbau einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft.

DIE LINKE muss Menschen zusammenfassen, die sich als links-reformistisch und die sich als revolutionär-sozialistisch verstehen. Sie muss zugleich Opposition gegen die Herrschaft und Politik des Kapitals sein und die Fähigkeit haben, als linker Flügel eines zu entwickelnden gesellschaftlich-politischen Blocks für einen sozial-ökologischen Umbau zu wirken. Also die Kräfte der Linken wirksam zu machen und mit einzubringen für die Überwindung des Neoliberalismus und die Durchsetzung und Linksverschiebung eines „New Deal“. Es geht darum, die Bedingungen zu schaffen für einen echten Politikwechsel, das ist etwas ganz anderes als jetzt auf Rot-Rot-Grün zu setzen,. Es geht darum, real-politisch die Macht und Bewegungsmöglichkeiten des Kapitals einzuschränken – und zugleich die Mängel und Begrenztheiten einer solchen Politik zu kritisieren, für eine sozialistische Perspektive zu argumentieren und Kräfte und Druck für weitergehende Veränderungen zu mobilisieren.

Die strategischen Aufgaben der Linken bestehen darin, in den konkreten Kämpfen zugleich den Kampf um die politisch-kulturelle Hegemonie zu führen und zur Bildung sozialer und politischer Bündnisse in diesem Sinne beizutragen.

## **5. Klassenformierung, soziale und politische Bündnisse bilden**

Bei der Betrachtung der Bedingungen und Möglichkeiten radikaler Reformpolitik geht es zentral um die Frage der Formierung der sozialen und politischen Kräfte gegen den Neoliberalismus und für Alternativen. Im Kern ist das die Frage der Klassenformierung und der Einschreibung politischer Orientierungen in diesen ständigen Prozess. Da geht es etwa um massenwirksame ideologische Auseinandersetzung und um Fragen der gewerkschaftlichen und politischen und anderen zivilgesellschaftlichen Organisation und die realen Kämpfe und politischen Prozesse und ihre Wirkung auf die Beteiligten und die gesellschaftlichen Gruppen und Milieus. Das ist ein zentraler Punkt, weil er den Kern der politischen Handlungsmöglichkeiten der LINKEN betrifft. Auch politische Bildung und Theorieaneignung und -produktion ist dabei bedeutsam. Auch die Frage, was Projekte und Forderungen sind, die sinnvollerweise mit sozialistischer Perspektive jetzt betrieben werden sollten, erschließt sich dann erst wirklich. Weil ein entscheidendes Kriterium ist dabei immer, wie sich das auswirkt auf die Entwicklung von Hegemonie- und Kräfteverhältnissen inkl. Organisationen und ihre Stärke und Kampfkraft.

Dabei muss DIE LINKE eine aktive Rolle spielen und sich als möglichst starke Partei breiter, tendenziell klassenbewusster Teile der Lohnabhängigen und der gesellschaftlichen Linken entwickeln. Dabei sind insbesondere bestimmte Widersprüche in Richtung von Bündnisbildung zu bearbeiten und programmatisch wie in der Praxis zu berücksichtigen:

- die sozialen und habituellen und einstellungsmäßigen Widersprüche zwischen verschiedenen Teilen der Arbeiterklasse (im weiten Sinne), insbesondere zwischen der Masse der abhängig Beschäftigten und den prekär Beschäftigten und den Erwerbslosen, sowie gegenüber prekären oder von Prekarität bedrohten Selbstständige und Kleinunternehmern, insbesondere im Osten;

- die Widersprüche zwischen der „sozialen“ Linken, deren gesellschaftliche Hauptstruktur die Gewerkschaften sind, und der sogenannten „kulturellen“ Linken. Oder allgemeiner formuliert den Teilen der Linken, bei deren politischer Orientierung nicht die sozialen Fragen und Interessen der Lohnabhängigen (ausdrücklich einschließlich der sozialen Interessen der großen Mehrheit der Frauen) im Mittelpunkt stehen, sondern andere politische Anliegen und kulturelle Einstellungen.

## **6. Profil und Positionen der LINKEN**

Dabei sind ausschlaggebend für die Stärke der Linken (und speziell der LINKEN) und die realen kräftemäßigen Möglichkeiten radikaler Reformen und sozialistischer Umgestaltungen das soziale Profil und die Stärke der „sozialen Linken“. Also dass die soziale Frage klar und auch populär von links besetzt und dominiert wird und damit kein Raum für Rechte gelassen wird. Die Linke muss mithelfen mit kollektiven Kämpfen einen Pol der Hoffnung und der Solidarität gegen Verzweiflung, Rassismus und rechte Ideologien zu schaffen. Das Bewusstsein der Menschen ist widersprüchlich und es ist gut und notwendig, wenn dabei auch viele Menschen auf DIE LINKE orientiert werden und sie wählen, die dies trotz und nicht wegen unserer linken Positionen in anderen Feldern tun. Die weitergehende Aufgabe besteht hier dann darin, darauf aufbauend auch darüber hinausgehende linke Orientierungen zu vermitteln und verankern.

Das linke soziale Profil muss daher immer im Mittelpunkt der gesellschaftspolitischen Position und der Wahlkämpfe der LINKEN stehen. Gesellschaftliche Emanzipation und sozialistische Perspektive gibt es nur mit und nie ohne die Unterstützung der Massen der Lohnabhängigen und ihrer sozialen Organisationen, und die gibt es nur auf der Basis der Vertretung ihrer sozialen Interessen durch die Linke. Dazu gehört neben sozialpolitischen Alternativen verstärkt auch eine klare wirtschafts- und finanzpolitische Alternativposition. Dazu müssen selbstverständlich klare Positionen in anderen wichtigen Politikbereichen kommen.

Aktuell muss DIE LINKE klare Forderungen für eine soziale Antikrisenpolitik formulieren und dafür mobilisieren: Ein massives Konjunktur- und Zukunftsinvestitionsprogramm, Millionärssteuer, Mindestlohn und Kampf gegen Lohndumping, Rücknahme von Hartz IV, von Rente mit 67 und Rentenkürzungen, demokratische Neuordnung der Finanzmärkte und der Weltwirtschafts- und Währungsordnung, öffentliche Kontrolle und Entmachtung der Banken und Konzerne, öffentliche Hilfen nur für Eigentumsanteile und mit sozialen und Beschäftigungsbedingungen, Stärkung des Sozialstaats und des öffentlichen Sektors statt Privatisierung. Dafür ist eine andere EU notwendig. Gleichzeitig sollte DIE LINKE ihre Kritik des Kapitalismus betonen und ihre Vorstellung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft konkretisieren und Wege in die Diskussion bringen, wie eine solche Gesellschaft erreicht werden kann.

## **7. Politisches Handeln und Aktionsorientierung im Super-Wahlkampfjahr 2009**

Die LINKE muss sich entwickelnde Abwehrkämpfe gegen die Auswirkungen der Krise das Abwälzen der Folgen auf die Bevölkerung unterstützen. Die regierenden Parteien, insbesondere die SPD, haben kein Interesse an Abwehrkämpfen während der Wahlkämpfe. Es ist zu befürchten, dass die SPD versuchen wird, gewerkschaftliche Mobili-

sierungen vor den Wahlen zu verhindern oder klein zu halten. Umso wichtiger ist es und bietet Chancen, dass DIE LINKE hier mit klaren Positionen und Forderungen aktiv ist.

1. DIE LINKE sollte sich dafür einsetzen, dass gemeinsam mit anderen dezentrale Aktivitäten und Aktionstage für eine soziale Politik gegen die Krise und für einen grundlegenden Politikwechsel durchgeführt werden. Dazu gehört eine Aufklärungs-, Schulungs- und Argumentationskampagne der LINKEN zur kapitalistischen Krise und unseren Alternativen, dazu ist geeignetes Material zu erstellen. Die *Sozialistische Linke* wird ihren Beitrag dazu leisten. Insbesondere werden wir die Sommerakademie der Sozialistischen Linken 2009 zu einem „Krisengipfel“ machen.
2. Weitere gemeinsame Aktivitäten bis hin zu einer bundesweiten Demonstration, möglichst in Abstimmung mit Aktivitäten in anderen europäischen Ländern oder europäisch gemeinsame Aktionen, sind mit außerparlamentarischen Kräften zu diskutieren und dann umzusetzen. DIE LINKE sollte sich dafür einsetzen, dass dazu eine breit angelegte bundesweite Aktionskonferenz mit VertreterInnen von Gewerkschaften und anderen sozialen Bewegungen und Organisationen sowie kritischen Wissenschaftlern durchgeführt wird bzw. sich an entsprechenden Bestrebungen und Konferenzen aktiv beteiligen.
3. Das bereits bestehende Bündnis gegen den Nato-Gipfel im April 2009 ist inhaltlich und in der Mobilisierung zu unterstützen.
4. Ebenso sind die Bildungsstreiks der Schülerinnen und Schüler und Studierenden im Mai/Juni zu unterstützen. Notwendig sind Bemühungen um die Bildung breiter Bündnisse und gemeinsam getragener Aktionen mit Gewerkschaften, Sozialverbänden, aktiven Schülerinnen und Schülern sowie Studierenden und andere Kräften der sozialen Bewegungen.
5. Fortführung und Einbringen dieser Aktivitäten in die Wahlkämpfe, deren wichtigstes Resultat die Stärkung der LINKEN sein muss.